

■ Legitimation sichern, Mitglieder beteiligen

Der Deutsche Musikrat steht vor einem Neubeginn

Der Deutsche Musikrat ist nicht nur finanziell, sondern auch verbandspolitisch schwer angeschlagen. Im November des vergangenen Jahres musste er Insolvenz anmelden und ringt seitdem um seine Zukunft. Inzwischen wurden ein neues Präsidium gewählt, eine Strukturreform eingeleitet und die Finanzen neu geordnet. Ist die Krise damit überwunden? Norbert Sievers sprach mit Thomas Rietschel, dem letzten Generalsekretär des alten Musikrates, über Hintergründe, Änderungen und neue Herausforderungen.

Norbert Sievers: Herr Rietschel, am 23. Februar hat die außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Musikrates ein neues Präsidium gewählt und eine Strukturänderung beschlossen. Worin besteht diese Änderung konkret?

Thomas Rietschel: In der neuen Satzung des DMR wurden die Struktur des DMR gestrafft und Verantwortlichkeiten geklärt. In Zukunft wird ein mit fünf Personen besetztes geschäftsführendes Präsidium die Geschicke des DMR lenken. Es beruft und kontrolliert den Hauptgeschäftsführer (bisher Generalsekretär) des Vereins. Es kontrolliert die Finanzen und hat damit

die entscheidenden Kompetenzen. Das Gesamtpräsidium mit insgesamt 19 Mitgliedern hat eher beratende Funktion und soll alle Bereiche des Musiklebens in die Arbeit des DMR einbinden. Außerdem wurde auf Druck der Zuwendungsgeber die Satzung so gestaltet, dass die Projekte des DMR in eine GmbH überführt werden können. Diese GmbH wird auch kommen, weil der Bund dies zur Voraussetzung seiner weiteren Förderung gemacht hat.

Von dieser Öffnungsklausel in der Satzung im Blick auf eine GmbH-Lösung war zu lesen. Offenbar gab es auch Kritik, weil der Bund beansprucht, im Aufsichtsrat der GmbH mit Sitz und Stimme vertreten zu sein. Worin genau bestanden die Einwände?

Die Zuwendungsgeber beanspruchen in der zu gründenden GmbH 25% der Sitze im Aufsichtsrat; der Rest kann durch den DMR benannt werden. Sie geben an, ihnen gehe es nicht um inhaltliche Einflussnahme, sondern um Kontrolle der rechtmäßigen Mittelverwendung, sie hätten bei vielen Kulturinstitutionen gute Erfahrungen damit gemacht. Aber beim DMR geht es nicht darum, wildgewordene Künstlerintendanten in finanzielle Rahmenbe-

dingungen zu zwingen, sondern hier wird in eine demokratisch verfasste Institution eingegriffen. Dabei wäre die Lösung ganz einfach: Der Staat gibt Geld und erhält dafür eine definierte Leistung. Wie der Zuwendungsempfänger diese Leistung erbringt, das ist gänzlich seine Sache. In Holland funktioniert das hervorragend, aber dort mischt sich die öffentliche Hand über Jährlichkeitsprinzip, Besserstellungsverbot, Fehlbedarfsfinanzierung und VOB auch nicht ständig in die Arbeit ein. Ich gehe jede Wette ein, dass es keine Institution in Deutschland gibt, die bei großen mehrjährigen Projekten nicht des öfteren jenseits der Grenzen der Legalität arbeitet, um ihr Projekt sinnvoll und wirtschaftlich zu realisieren. Das Verrückteste dabei ist: Alle wissen das! Die Mitarbeiter in den Ministerien, in den Prüfungsbehörden, die Politiker – allen ist es bewusst. Um es zuzuspitzen: Die GmbH wurde gefordert, nicht weil es der Sache dient, sondern um die Einhaltung des Zuwendungsrechts zeitnaher kontrollieren zu können.

Worin liegen Ihrer Meinung nach die Probleme bei diesem dualen Modell (Verein und GmbH) für den Deutschen Musikrat?

Die Projekte werden von der politischen Arbeit des DMR getrennt. Kriterium für den GmbH-Geschäftsführer muss der wirtschaftliche Erfolg seines Betriebs sein, aber der hat leider oft nichts mit der Relevanz der Projekte zu tun. Aktivitäten mit glänzenden Events, großer Außenwirkung und potenten Sponsoren werden für ihn verständlicherweise wichtiger sein als Vorhaben, die eher unspektakulär in der Stille, aber dafür mit großer Nachhaltigkeit wirken und die »nur kosten«. Wie notwendig letztere sind, das brauche ich hier nicht weiter zu erläutern. Die Projekte des DMR, die ja stets aus kulturpolitischen Überlegungen heraus entwickelt wurden, werden jetzt von diesen abgekoppelt.

Gleichzeitig wird die politische Schlagkraft des DMR erheblich eingeschränkt. Der Hauptgeschäftsführer des Vereins wird die Ausstrahlung der Projekte nur noch sehr eingeschränkt für seine politischen Ziele nutzen

Anzeige



Was bleibt?

Kulturpolitik in persönlicher Bilanz

Herausgegeben von Oliver Scheytt unter Mitarbeit von Michael Zimmermann • 319 Seiten • 18 Euro • Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umruch 16) • ISBN 3-89861-053-5

Zweieinhalb Jahrzehnte »Neue Kulturpolitik« bieten Anlass zum konzeptionellen Austausch zwischen führenden bundesdeutschen Kulturpolitikerinnen und -politikern. Zurückblickend und zukunftsbezogen, praxisorientiert und theoriegeleitet erörtern sie in den 33 Beiträgen dieses Buches, in welchen Punkten sie der kulturpolitische Aufbruch der siebziger Jahre beflügelt hat, wo sie ihm kritisch gegenüber stehen, in welche Richtung sie sich neue Impulse erhoffen und mit welchen Paradigmen und Konzepten sie heute ihre Arbeit fundieren.

In den Beiträgen renommierter Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker werden diese Fragen in fünf Kapiteln diskutiert: **Rückblicke:** Neue Kulturpolitik - eine Bilanz zwischen den Zeiten; **Qualitäten:** Kulturpolitik zwischen alten Strukturen und neuen Leitbildern; **Netzwerke:** Kultur zwischen öffentlichem Auftrag, Bürgergesellschaft und Markt; **Transformationen:** Kulturpolitik in Berlin und in den neuen Bundesländern; **Entwürfe:** Erörterungen einer künftigen Kulturpolitik. Autorinnen und Autoren sind u.a.: Hermann Glaser, Jürgen Kolbe, Siegfried Hummel, Heinz Theodor Jüchter, Helga Schuchardt, Olaf Schwencke, H. Peter Rose, Christina Weiss, Jochem von Uslar, Hans-Bernhard Nordhoff, Georg Leipold, Jürgen Grabbe, Bernd Meyer, Dieter Sauberzweig, Iris Magdowski, Albrecht Göschel, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff und Hilmar Hoffmann.

können, denn da steht in Zukunft immer der GmbH-Geschäftsführer im Weg. Wenn wir an eine Kampagne zur musikalischen Bildung denken: mit Jugend Musiziert und seinem bundesweiten Netzwerk, mit dem Bundesjugendorchester und dem Bundesjugendjazzorchester als Aushängeschilder, was könnte der DMR da aus eigener Kraft bewegen!

Was werden denn das Präsidium und der Hauptgeschäftsführer, so sie nur noch begrenzt Einfluss auf die Projekte haben sollten, überhaupt noch machen können? Über welche Ressourcen können sie verfügen? Was werden ihre Aufgaben sein? Muss sich der Deutsche Musikrat auch verbandspolitisch reorganisieren?

Die BKM hat als Zuckerle zugesagt, dass der Verein DMR eine Finanzierung erhalten wird, die in etwa der des Deutschen Kulturrates entsprechen soll. Sie erwartet sich im Gegenzug Beratung in musikfachlichen und musikpolitischen Fragen. Die vorrangige Aufgabe muss es jedoch sein, sich für Erhalt und Ausbau eines lebendigen Musiklebens einzusetzen, bei der Öffentlichkeit, bei Politik und Verwaltung. Wichtige Themen gibt es genug: der sinkende Stellenwert musikalischer Bildung, die Zukunft unserer Kulturorchester, aber auch die Frage, wie viel unserer Gesellschaft ein lebendiges Musik(Kultur-)leben wert ist. Der Deutsche Kulturrat macht es uns vor, dass man mit solchen Themen auch Gehör finden kann.

Sie haben in Ihren Beiträgen zur Krise des Musikrates schon öfter darauf hingewiesen, dass dieser es schon seit Jahren versäumt habe, Verbandspolitik im engeren Sinne zu betreiben, Meinungsbildung zu organisieren, neue Impulse aus der musikpolitischen Szene aufzugreifen, Stellung zu beziehen etc. Woran lag das? War das Interesse in den Gremien erlahmt?

Was war denn der Musikrat? Ich erinnere mich gut an die Generalversammlungen Anfang der 90er Jahre. Da gab es für die Neuwahlen des Präsidiums einen Präsidiumsvorschlag, und der wurde dann auch gewählt. Ansonsten war der abendliche Empfang immer das wichtigste, da gab es gut zu essen und zu trinken, und man traf sich. Diskutiert wurden allenfalls noch fachpolitische Themen. Aber der Deutsche Musikrat als kämpferische Institution, die sich zu brisanten Themen äußert? Unvorstellbar. Initiativen für neue Vorhaben kamen von oben, nie von unten. Den Kampf ums Überleben, die Auseinandersetzungen mit der Politik, die führte jeder Mitgliedsverband für sich allein. Es war kein Bewusstsein dafür vorhanden, dass hier der DMR ein Partner sein könnte.

Natürlich hat sich in den letzten Jahren das Bewusstsein gewandelt, auf den Generalversammlungen wurde zunehmend Unmut laut. Aber es ist doch erschreckend zu sehen, welche Beharrungskräfte in einer so großen Organisation stecken und wie schwer es ist/war, »den alten Geist« auszutreiben. Vor diesem Hinter-

grund erscheint die Insolvenz als bitter notwendig. Und für die Zukunft muss es eine der vordringlichsten Aufgaben sein, sich intensiv um die Interessen und die Einbeziehung der Mitglieder zu bemühen, sie aktiv zu beteiligen, einen Meinungsbildungsprozess überhaupt erst einmal in Gang zu bringen. Es müssen Strukturen für eine Willensbildung im Verband aufgebaut werden. Die Mitglieder fühlen sich zum

großen Teil meilenweit vom DMR entfernt, ganze Bereiche wie die Musikwirtschaft drohen deutlich mit Austritt. Hier ist Aufbauarbeit notwendig. Wenn dem DMR das nicht gelingt, dann verliert er seine Legitimation, und dann wird sich sehr schnell die Frage stellen, warum man ihn braucht, vor allem da seine Projekte, die ihn bisher vor dieser Frage abschirmten, ja dann schon in einer GmbH bestens verwaltet sind.